

Friedenspädagogische Konfliktanalyse Ukraine

WO? In welchem Land/ in welcher Region findet der Konflikt statt?

Ukraine, Osteuropa



Lagekarte Ukraine
Quelle: The World Factbook 2021



Landkarte Ukraine
Quelle: The World Factbook 2021

WER? Welche Konfliktparteien sind beteiligt?

Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen der **Ukraine** und **Russland** sowie innerstaatlicher Konflikt zwischen der **ukrainischen Regierung** und **prorussischen Separatist:innen**. Im aktuellen Krieg bildet Russland unter der Regierung des Präsidenten Wladimir Putin zusammen mit prorussischen Separatist:innen die eine Konfliktpartei. Die Ukraine unter der Führung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bildet zusammen mit der ukrainischen Armee, der Nationalgarde und Paramilitärs die andere Konfliktpartei.

Die USA und die NATO-Staaten betonen, dass sie nicht als Konfliktpartei in den Krieg in der Ukraine eingreifen. Sie verhängen zahlreiche Sanktionen gegen Russland. Sie unterstützen die Ukraine mit Waffenlieferungen und durch die Ausbildung der Streitkräfte, entsenden aber bisher keine eigenen Truppen in die Ukraine.

WANN? Was sind die zentralen Ereignisse im Konflikt?

1991: Unabhängigkeit des Landes

Zerfall der Sowjetunion und Unabhängigkeit der Ukraine. Im Land herrscht Uneinigkeit darüber, inwieweit die Ukraine sich Europa oder Russland zuwenden und zu welchen Ländern sie die Beziehungen ausbauen soll.

2013: Beginn der „Euromaidan“-Revolution

Der ukrainische Präsident Janukowytsch verweigert im November die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU. Hunderttausende demonstrieren monatelang auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Maidan) für eine pro-europäische Ausrichtung des Landes. Auf die gewaltfreien Proteste wird mit Polizeigewalt reagiert.

Februar 2014: Ende der „Euromaidan“-Revolution; Flucht Janukowytschs

Während gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden werden rund 100 Menschen getötet. Nach einer mit Unterstützung von Deutschland, Frankreich und Polen verhandelten Vereinbarung zur Beilegung der Krise flieht Janukowytsch. Es wird eine Übergangsregierung gebildet.

2014: Annexion der Halbinsel Krim

Russland annektiert im März rechtswidrig die Halbinsel Krim und unterstützt prorussische Separatist:innen im Osten der Ukraine. Die Gebiete Donezk und Luhansk in der Donbass-Region erklären sich in einem umstrittenen Referendum zu unabhängigen Volksrepubliken.

2014/2015: Abschuss eines zivilen Flugzeugs; Minsker Abkommen

Prorussische Separatist:innen schießen im Juli 2014 über der Ostukraine das Passagierflugzeug MH 17 ab; dabei sterben 298 Menschen. Die EU führt daraufhin Wirtschaftssanktionen gegen Russland ein. Unter Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Deutschlands und Frankreichs werden die Minsker Abkommen (Minsk I und Minsk II) unterzeichnet. Die darin vereinbarte Waffenruhe hält aber

nicht lange an. Ein Teil der Ostukraine wird seitdem von den Separatist:innen und ein Teil von der ukrainischen Regierung kontrolliert.

2021/2022: Russischer Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze

Russland zieht seine Truppen nahe der ukrainischen Grenze unter dem Vorwand einer Militärübung zusammen. Während Putin vor einer NATO-Osterweiterung mahnt, macht er seine vermeintlichen Gebietsansprüche in der Ukraine deutlich. Die USA unterstützt die Ukraine mit Waffenlieferungen und schickt tausende Soldat:innen an die NATO-Ostflanke; europäische Staaten versuchen zudem mit Gesprächen eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Februar 2022: Beginn des Angriffskriegs: Russischer Einmarsch in die Ukraine

Russland erkennt die Unabhängigkeit der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk an. Am 24. Februar 2022 marschieren russische Truppen in die Ukraine ein und beginnen einen Krieg. Es folgen die massive Zerstörung von Städten, zahlreiche Hinweise auf Kriegsverbrechen und die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Russland stößt in der Ukraine auf hartnäckigen Widerstand und scheitert mit dem Versuch, die Ukraine in kurzer Zeit einzunehmen und eine eigene Regierung einzusetzen.

Juni 2022: Ukraine wird offizieller EU-Beitrittskandidat

Die EU gibt dem von der Ukraine bereits nach Kriegsbeginn eingereichten Antrag auf Mitgliedschaft statt. Damit wird die Ukraine zum offiziellen EU-Beitrittskandidaten.

September 2022: Russische Annexion vier besetzter Gebiete

Putin erklärt vier besetzte ukrainische Gebiete im September zu russischem Staatsgebiet. Zuvor wurden in diesen Regionen (Saporischschja, Cherson, Luhansk und Donezk) Scheinreferenden durchgeführt, in denen sich laut russischen Angaben die Mehrheit für die Annexion entschieden habe.

2022/2023: Stellungskrieg, Rückeroberungen und russische Offensiven

Der Krieg wird seit Mitte 2022 vor allem im Süden und Osten der Ukraine fortgeführt. Russische Truppen erhalten zeitweise die Kontrolle über ganze Gebiete und strategisch wichtige Städte wie Cherson, während die Ukraine versucht ihre Gegenoffensive in anderen Teilen, wie beispielsweise im Raum Charkiw, aufrechtzuerhalten. Ukrainische Truppen können vorübergehend in vom russischen Militär und Wagner-Gruppen besetzte Gebiete vordringen und diese teilweise zurückerobern. Anfang des Jahres 2023 kommt es zu heftigen Kämpfen um die Stadt Bachmut, bis diese im Mai 2023 von russischen Kräften vollständig eingenommen wird.

Juni 2023: Bewaffneter Aufstand russischer Söldner:innen

Unter der Führung von Jewgeni Prigoschin, dem Chef der Wagner-Gruppe, welche Russland bislang im Kampf in der Ukraine unterstützte, kommt es nach monatelangem Machtkampf um die militärische Führung zu einem bewaffneten Aufstand durch russische Söldner:innen. Der Vorstoß gegen Moskau bleibt jedoch erfolglos. Im August kommt Prigoschin bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Putin bestreitet eine Verwicklung in den Vorfall.

2023/2024: *Neuerliche Auseinandersetzungen und detaillierte Entwicklungen im Krieg gegen die Ukraine siehe [Link](#)¹.*

WIE? Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?

Seit 2014 auf der Halbinsel Krim:

- Wiederkehrende gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen prorussischen Separatist:innen im Osten der Ukraine und ukrainischen Sicherheitskräften.
- Russland unterstützt die Separatist:innen auch mit militärischen Mitteln.

¹ Siehe: Ukraine-Krieg aktuell LpB: <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt>

Seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022:

- Russische Truppen marschieren **völkerrechtswidrig** in die Ukraine ein, nachdem seit November 2021 zunächst massive Truppenaufstellungen an der Grenze vorgenommen wurden.
- Auf russische Luftangriffe auf militärische und kritische Infrastrukturen in der Ukraine folgten **Truppenvorstöße** Russlands aus dem Norden, Osten und Süden. Die Ukraine wehrt sich erfolgreich gegen eine Einnahme der Hauptstadt Kiew. Seither kommt es zu einem **Abnutzungskrieg** mit einer Kriegsfront im Osten und Süden der Ukraine.
- Die kämpferischen Auseinandersetzungen werden mit **Luft-, See- und Bodenoffensiven** geführt. Darüber hinaus werden **Desinformationskampagnen** sowie Angriffe auf **Informations-, Wirtschafts- und Energieinfrastruktur** genutzt, um das Kriegsgeschehen zu beeinflussen. Dazu zählen Angriffe auf die Stromversorgung der Ukraine sowie Cyberangriffe. Kämpfe in der Umgebung von Kernkraftwerken und deren Beschlagnahmung durch russische Truppen schüren die Sorgen um die nukleare Sicherheit.
- **Zivile Gebäude und Infrastruktur**, darunter Krankenhäuser, werden zerstört.
- Beide Seiten melden immer wieder gegenseitige **Drohnenangriffe**. Auch die Ukraine versucht, strategische Ziele in Russland mit gezielten Drohnenangriffen zu treffen.
- Die EU, die NATO, die USA und weitere Staaten **unterstützen die Ukraine mit Waffenlieferungen und Hilfspaketen**, der Ausbildung von ukrainischen Soldaten und Soldatinnen an Kriegsgeräten und seit 2023 auch mit Kampfpanzern. **Russland erhält militärische und finanzielle Unterstützung** durch Belarus, den Iran und Nordkorea, doch auch China gilt als Partner.
- Der Beginn des Krieges im Februar 2022 führte zu einer großen **Fluchtbewegung**. Über ein Drittel der rund 44 Millionen Ukrainer:innen fliehen in den Westen des Landes oder ins Ausland.
- Die Ukraine und Russland werfen sich gegenseitig **Kriegsverbrechen** und Behinderung von Fluchtkorridoren für Zivilist:innen vor.

- Sowohl Russland als auch die Ukraine berufen Wehrpflichtige in einer **Teilmobilisierung** zum Kriegsdienst ein. Es kommt immer wieder zur Gefangennahme und Deportation von Soldaten und Soldatinnen.

WARUM? Welche Erklärungen gibt es für den Konflikt?

Separatistische Unabhängigkeitsbestrebungen (machtbasierter Erklärungsansatz)

In der Vergangenheit kämpfte die Ukraine immer wieder darum, einen Kurs für sich festzulegen, ob sie sich mehr dem Westen oder dem Osten Europas hinwenden soll. Ein Teil der Menschen in der Ostukraine will eine enge Verbindung zu Russland. Der letzten Volkszählung 2001 zufolge identifizierten sich in der Ukraine 77,8 % der Bevölkerung als Ukrainer:innen und 17,3 % als Russ:innen. Im Donbass identifizierten sich im Gebiet Donezk 38,2 % als Russ:innen, im Gebiet Luhansk 39 % und auf der Halbinsel Krim waren es 58,3 %. Prorussische Separatist:innen versuchen seit 2014 mit Gewalt die Loslösung dieser Gebiete von der Ukraine zu erzwingen.

Großmachtstreben und Systemkonflikt (machtbasierter Erklärungsansatz)

Ein anderer Erklärungsansatz lautet, dass die zunehmende Orientierung der Ukraine Richtung EU sowie die NATO-Osterweiterung von Russland als unmittelbare Bedrohung der eigenen Sicherheit angesehen wurde. Aus dieser russischen Argumentation heraus wird auch eine Verletzung völkerrechtlicher Normen in Kauf genommen, um die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren. Eine weitergehende Interpretation lautet, dass es Russland nicht nur um Verteidigung, sondern um Ausdehnung seines sicherheitspolitischen Einflusses in Osteuropa geht. Russland will sich wieder als Großmacht gegen „westliche“ Mächte, wie die USA, etablieren. Putin hat vielfach deutlich gemacht, dass er ein einflussreiches Staatsgebiet bestehend aus Russland, Belarus und der Ukraine aufbauen möchte und begründet dies mit einer historisch-kulturellen Verbindung zwischen den Ländern. Dieses russische Großmachtstreben richtet sich zudem gegen freiheitlich-demokratische Werte, die innenpolitisch eine Gefahr für das Putin-Regime darstellen würden. Der Krieg wird daher mitunter auch als Ausdruck eines größeren Weltordnungskonflikts zwischen demokratisch und autoritär organisierten Staaten angesehen.

Kulturelle Identitäten und Nationalismus (kultureller Erklärungsansatz)

Aufgrund historischer und kultureller Verflechtungen zwischen der Ukraine und Russland ist der Konflikt mit verschiedenen Identitätsvorstellungen verknüpft. Das liegt auch daran, dass das heutige Staatsgebiet der Ukraine erst 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig wurde. Davor war es Teil mehrerer Staaten, z.B. vom Königreich Polen-Litauen, dem Russischen Reich oder der Sowjetunion. So haben sich widersprechende nationale Erzählungen in der Ukraine und Russland sowie innerhalb der russischen und ukrainischen Bevölkerung in der Ukraine entwickelt. Russland sieht die russische Bevölkerung im Osten der Ukraine als bedroht an und rechtfertigt u.a. die Einnahme der Krim und die Invasion mit dem Schutz der dortigen russischen Bevölkerung. Die Erzählung von einer „russischen Welt“, die weit über die derzeitigen Grenzen hinausgeht, wird verbunden mit einer gezielten Förderung nationalistischen und militaristischen Gedankenguts in Medien und Bildungswesen. Dadurch soll vor allem die Unterstützung des Krieges und die Zustimmung der russischen Öffentlichkeit gesichert werden.

Wirtschaftliche und geopolitische Gründe (ökonomischer/ machtbasierter Erklärungsansatz)

Die Halbinsel Krim ist mit ihrem Hafen Sewastopol ein strategisch wichtiger Flottenstützpunkt, von dem aus russische Kriegsschiffe ganzjährig (eisfrei) besser in verschiedene Teile der Welt gelangen können als über den Hafen in St. Petersburg und die Ostsee. Daher ist das geopolitische Interesse Russlands an der Krim und dessen Eingliederung als Teil des russischen Staatsgebietes hoch. Ein weiterer langjähriger Konflikt zwischen der Ukraine und Russland dreht sich um die Erdgaslieferungen und Erdgaspipelines, die nach Europa führen.

FRIEDENSPOTENZIALE

Welche Friedensbemühungen gibt es bereits?

International

Es gibt seit langem Vermittlungsversuche der OSZE mit Unterstützung von Deutschland und Frankreich. Diese führten 2015 zu den **Minsker Abkommen I und II**. Die OSZE hatte zudem bis 2022 eine **Beobachtermission in der Donbass-Region**, die jedoch zu Kriegsbeginn abgezogen wurde. Es handelte es sich um eine unbewaffnete zivile Mission, der es gelang, lokale Waffenstillstände auszuhandeln. Sie ermöglichte es den Behörden, Aufgaben wie die Instandsetzung der Wasserversorgungsinfrastruktur, zu übernehmen.

In Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Ukraine in 2022 hat **die Europäische Union mehrere Sanktionspakete gegen Russland erlassen**. Diese umfassen u.a. im Finanzbereich den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System und damit aus internationalen Finanzströmen; sowie Ausfuhrbeschränkungen von Gütern. Darüber hinaus gibt es Sanktionen gegen hunderte Einzelpersonen und Einrichtungen. Dazu zählen Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten. Auch die USA und weitere G7-Staaten schließen sich Finanzsanktionen gegen Russland an. Ziel der umfassenden Sanktionspakete ist die Schwächung der Import- und Exportfähigkeit und der russischen Kriegswirtschaft.

Bereits am 2. März 2022 stimmte die **UNO** in einer Generalversammlung mit deutlicher Mehrheit für eine **Resolution** gegen Russlands Krieg in der Ukraine und forderte Russland auf, die Kriegshandlungen einzustellen. Auch knapp ein Jahr später stimmten über 140 Länder für eine Resolution und forderten den Rückzug russischer Truppen. Die Abstimmungen sind rechtlich nicht bindend. Jedoch signalisieren sie die kontinuierliche internationale Unterstützung der Ukraine und die Friedensbemühungen.

Unter Vermittlung der UNO und der Türkei wurde am 22. Juli 2022 eine **Vereinbarung zu Getreidelieferungen und einem Getreidekorridor** aus der Ukraine mit Russland getroffen, nachdem Russland zu Kriegsbeginn wichtige Getreidelieferungen blockierte. Die Ukraine zählt

zu einem der weltweit größten Getreideexporteure und ist wichtig für die weltweite Ernährungssicherheit. Das Abkommen und die Gewährleistungen sicherer Transportwege über das Schwarze Meer wurden im Juli 2023 durch Russland aufgekündigt.

Verfahren am internationalen Strafgerichtshof (IStGH)

Dem Chef-Ankläger des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), Karim Khan, zufolge wird der russische Einmarsch von massiven Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht begleitet. Verbrechen dieser Art können vor den nationalen Strafgerichten der Ukraine (oder nationalen Gerichten in einem anderen Staat) und vor dem IStGH in Den Haag angeklagt werden. In der Ukraine wird bereits intensiv ermittelt; die ukrainische Regierung hat auch Ermittlungen des IStGH gegen Völkerrechtsverbrechen auf ihrem Staatsgebiet zugestimmt, unabhängig davon, wer sie begeht. Zu den Verbrechen, die strafrechtlich durch den IStGH verfolgt werden können, gehören Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Verbrechen der Aggression (Beteiligung an einem Angriffskrieg). Der internationale Strafgerichtshof hat im März 2023 Anklage erhoben gegen Präsident Putin und die russische Kinderrechtsbeauftragte Marija Lwowa-Belowa wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen auf ukrainischem Boden, vor allem aufgrund der Deportation von Kindern aus den besetzten Gebieten der Ukraine nach Russland. Russland ist allerdings kein Mitglied des IStGH. Nicht-Mitglieder können i.d.R. nur dann angeklagt werden, wenn es dazu einen Beschluss des UN-Sicherheitsrat gibt. Da Russland Veto-Macht im UN-Sicherheitsrat ist, verhindern sie einen solchen Beschluss. Da die Ukraine jedoch dem IStGH die Zuständigkeit zugesprochen hat und die mutmaßlichen Völkerrechtsverbrechen auf dem Territorium der Ukraine verübt werden, können die Ermittlungen in diesen Fällen auch gegen Angehörige eines Nicht-Vertragsstaates gerichtet werden. Zur Beobachtung und Untersuchung möglicher Verbrechen wurde daher am 4. März 2022 eine „Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine“ (IICIU) und eine UN-Mission zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in der Ukraine eingesetzt. Diese Gremien und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine dokumentieren völkerrechtliche Verbrechen und sammeln Beweise für Kriegsverbrechen. Bereits jetzt wurden über 100.000 Fälle von Kriegsverbrechen seit dem russischen Einmarsch

2022 registriert. Seit Haftbefehl gegen Präsident Putin erlassen wurde, hat dieser keinen Vertragsstaat des IStGH mehr besucht, da ihm dort sonst die Verhaftung droht.

Staatlich

Die **Vereinbarungen der Minsker Abkommen** 2014/2015 wurden nur vereinzelt und schleppend umgesetzt. Es gab auch nur selten direkte Verhandlungen der ukrainischen Regierung mit den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Stattdessen verhängte die ukrainische Regierung eine Wirtschaftsblockade gegen die beiden Gebiete, die dadurch auch wirtschaftlich von der Unterstützung Russlands abhängig wurden.

Zivilgesellschaftlich

Zivilgesellschaftliche Aktionen in der Ukraine wurden schon während der Orangen Revolution 2004 und beim Euromaidan 2014 sichtbar. Es gibt NGOs, die sich für eine Verständigung zwischen Ukrainer:innen anbieten, die sich als ukrainisch und solchen, die sich als russisch identifizieren. In den letzten Jahren gibt es verstärkt Initiativen für **Hilfeleistungen** in der Donbass-Region. Auch in Russland demonstrieren Menschen gegen den Krieg. Allerdings werden diese Demonstrationen von russischen Sicherheitskräften unterdrückt.

Welche Friedensansätze werden diskutiert?

Der im Februar 2022 begonnene Krieg hat sowohl die Aussicht auf eine Einhaltung der Minsker Abkommen als auch auf zahlreiche weitere Friedensbemühungen zunichtegemacht. Die Aussichten auf einen Frieden durch Verhandlungen haben sich trotz internationaler Bemühungen massiv verschlechtert.

Verhandlungen

Für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine braucht es neutrale Vermittler, von denen es nicht mehr viele gibt, da sich viele Länder klar auf die Seite der Ukraine gestellt haben. Als mögliche **Vermittler** werden häufig China, die Türkei oder Israel genannt. China schlug beispielsweise im Frühjahr 2023 eine Waffenruhe und einen Zwölf-Punkte-Plan für Friedensverhandlungen vor, welcher einerseits die Beendigung internationaler Sanktionen,

andererseits jedoch keinen Abzug russischer Truppen beinhaltet. Ein **Neutralitätsstatus der Ukraine** bei gleichzeitigen Sicherheitsgarantien durch Dritte gilt als eine mögliche Option für Frieden. Das würde bedeuten, dass die Ukraine keinem anderen Bündnis (z.B. NATO, EU) beitrifft, aber von mächtigen Staaten Sicherheit zugesagt bekommt. Wie genau diese Sicherheitsgarantien aussehen sollen, müsste Gegenstand von internationalen Verhandlungen sein. Mittlerweile gilt die Ukraine jedoch offiziell als **EU-Beitrittskandidat** und hat einen beschleunigten **Beitritt in die NATO** beantragt. Die NATO erklärt, dass sie die Ukraine als Mitglied aufnehmen möchte, dies jedoch nicht während des Kriegs möglich ist. Als eine andere Möglichkeit galt die Idee, eine **föderale Ukraine** zu schaffen, mit einem Sonderstatus für die Regionen Donezk und Luhansk, die seit 2014 teilweise unter der Kontrolle der von Russland unterstützten Separatist:innen stehen. Angesichts der völkerrechtswidrigen Annexion der vier Gebiete (Saporischschja, Cherson, Luhansk und Donezk) im September 2022 durch Russland, war der ukrainische Präsident Selenskyj nicht mehr bereit, über diese Idee zu verhandeln. Bei **internationalen Treffen** – nicht zuletzt beim vierten „Friedensgipfel“ in Davos in der Schweiz bei dem mehr als 80 Länder zu Gesprächen über Friedenslösungen für die Ukraine teilnahmen – plädierte Präsident Selenskyj für seine bereits im November 2022 vorgestellte **„Friedensformel“**. Diese umfasst einen 10-Punkte-Plan, welcher u.a. den Rückzug aller russischer Truppen, Strafen für Kriegsverbrechen, Reparationszahlungen und Sicherheitsgarantien vorsieht. Bislang stellt jedoch die Einbindung russischer Unterstützerstaaten sowie die Teilnahme Russlands an den Gesprächen eine Herausforderung dar. Russland stellt umfassende Gegenforderungen für eine eventuelle Teilnahme Moskaus an Friedensverhandlungen, darunter die Einstellung der Waffenlieferungen an die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland durch westliche Staaten.

Gewaltfreier Widerstand und Kriegsdienstverweigerung

Die Menschen in der **Ukraine** haben in der Vergangenheit erfolgreich gewaltfreien Widerstand geleistet und so einen Wandel in ihrer Gesellschaft herbeigeführt (z.B. Orangene Revolution und Euromaidan). Die dadurch erstarkte Zivilgesellschaft hat zu Beginn des Krieges 2022 an vielerlei Orten gewaltfreien Widerstand gegen den Einmarsch geleistet. Es gab Bilder von unbewaffneten Menschen, die Militärfahrzeuge blockieren oder Berichte über

Bürgermeister:innen in den besetzten Gebieten, die ihre Zusammenarbeit mit den Besatzer:innen verweigern. Manche Stimmen fordern daher eine systematischere Unterstützung solcher gewaltfreien Initiativen.

Auch in **Russland** findet gewaltfreier Widerstand statt und zahlreiche Menschen sind gegen den Krieg. Öffentlicher Widerstand stellt für die Menschen ein hohes, persönliches Risiko dar, denn jeglicher Protest kann derzeit mit schweren Freiheitsstrafen geahndet werden. Zehntausende russische Männer flohen seit der Verkündung der Teilmobilmachung durch den Präsidenten Putin im September 2022 ins Ausland, um sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Auch dies kann ein Ausdruck von Widerstand gegen den Krieg sein.

Quellen

- All-Ukrainian Population Census (2001): National Structure. Online verfügbar unter: <http://2001.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality/> (16.04.2022).
- Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) (2024): Ukraine Conflict Monitor. Online verfügbar unter: <https://acleddata.com/ukraine-conflict-monitor/> (31.01.2024).
- Bund für soziale Verteidigung (2022): Ziviler Widerstand gegen den Krieg in der Ukraine. Online verfügbar unter: <https://www.soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine> (07.09.2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Analyse: Russland vor Gericht bringen: Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-444/544100/analyse-russland-vor-gericht-bringen-straftverfolgung-voelkerrechtlicher-verbrechen/> (06.03.2024).
- Christoyannopoulos, Alexandre (2022): Ukraine: nonviolent resistance is a brave and often effective response to aggression. In: The Conversation, 4 March 2022. Online verfügbar unter: <https://theconversation.com/ukraine-nonviolent-resistance-is-a-brave-and-often-effective-response-to-aggression-178361> (07.09.2022).
- Council on Foreign Relations (2024): War in Ukraine. Online verfügbar unter: <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/conflict-ukraine> (24.01.2024).
- Euronews (2024): IStGH erlässt Haftbefehl gegen zwei russische Oberbefehlshaber, 06.03.2024. Online verfügbar unter: <https://de.euronews.com/2024/03/06/istgh-erlasst-haftbefehle-gegen-zwei-russische-oberstbefehlshaber> (06.03.2024).
- Europäischer Rat (2024): Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/> (17.01.2024).
- Fischer, Sabine (2019): Der Donbass-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess. SWP-Studie 2019/S 03. Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess> (07.09.2022).
- Fischer, Sabine (2023). Diplomatie im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine. SWP-Aktuell 2023/A 56. Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/diplomatie-im-kontext-des-russischen-ueberfalls-auf-die-ukraine> (29.01.2024).
- Gowan, Ricard (2020): Peace in Ukraine I: A European War, Europe & Central Asia Report No. 256. Online verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/eastern-europe/ukraine/256-peace-ukraine-i-european-war> (07.09.2022).

- Gowan, Richard (2022): A Tentative First Look at Options for Peace Operations in Ukraine. International Crisis Group, Commentary, 24 March 2022. Online verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/eastern-europe/ukraine/tentative-first-look-options-peace-operations-ukraine> (07.09.2022).
- Heinrich Böll Stiftung (2023): Moskaus Kriegsverbrechen: Sondertribunal, Beschlagnahme, Reparationszahlungen. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2023/08/18/moskaus-kriegsverbrechen-sondertribunal-beschlagnahme-reparationszahlungen> (29.01.2024).
- Human Rights Watch (2023): Ukraine. Events of 2022. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/ukraine> (17.01.2024).
- International Crisis Group (2022): Avoiding an Even Worse Catastrophe in Ukraine. Statement, 18 March 2022. Online verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/eastern-europe/ukraine/avoiding-even-worse-catastrophe-ukraine> (07.09.2022).
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2024a): Ukraine-Krieg aktuell. Russland-Ukraine-Konflikt erklärt. Online verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c86737> (24.01.2024).
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2024b): Kriegsverbrechen in der Ukraine. Wie können Völkerrechtsverbrechen geahndet werden? Online verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-kriegsverbrechen> (17.01.2024).
- Schrader, Lutz (2022): Einführung: Friedensförderung in Zeiten des Weltordnungskonflikts zwischen Demokratien und Autokratien, bpb. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/516365/einfuehrung-friedensfoerderung-in-zeiten-des-weltordnungskonflikts-zwischen-demokratien-und-autokratien/>.
- Stewart, Susan (2016): Zivilgesellschaft in Russland und der Ukraine. Divergierende Kontexte und ihre Implikationen. SWP-Studie 2016 /S 04. Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/zivilgesellschaft-in-russland-und-der-ukraine> (07.09.2022).
- Svensson, Isak & van Baalen, Sebastian (2022): Can Nonviolent Resistance Stop Putin? Political Violence At A Glance, 11 March 2022. Online verfügbar unter: <https://politicalviolenceataglance.org/2022/03/11/can-nonviolent-civil-resistance-stop-putin/> (07.09.2022).
- Tagesschau (2023a): Kriegsverbrechen in der Ukraine. EU-Parlament für Sondertribunal, 19.01.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-sondertribunal-russland-ukraine-101.html> (06.03.2024).
- Tagesschau (2023b): Russlands Kriegsverbrechen. Wo und wie kann Anklage erhoben werden, 13.02.2023. Online verfügbar unter:

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-kriegsverbrechen-straferfolgung-101.html> (06.03.2024).

Tagesschau (2023c): UN-Abstimmung. Russland bleibt isoliert, 24.02.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-vollversammlung-141-fuer-frieden-103.html> (29.01.2024).

Tagesschau (2023d): Russlands Krieg gegen die Ukraine. China fordert Waffenruhe und Friedenshandlungen, 24.02.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-russland-ukraine-krieg-waffenstillstand-friedensplan-101.html> (29.01.2024).

Tagesschau (2024): Russland und die Ukraine. Was hat das Getreideabkommen gebracht? 17.07.2023. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/getreideabkommen-ukraine-russland-faq-104.html> (17.01.2024).

Varwick, Johannes (2023): Taugt die realistische Schule zur Erklärung des russischen Krieges gegen die Ukraine? SIRIUS Zeitschrift für strategische Analysen. Online verfügbar unter: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2023-1007/html?lang=de>

ZDF Auslandsjournal (2022): Protest gegen Putin: Russlands mutige Rebellen, 29.05.2022. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=6uje3n6TCyM> (11.10.2022).

Zeit Online (2024): Ukraine-Treffen. Ukraine sieht wachsende Unterstützung für Friedensplan, 14.01.2024. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2024-01/14/ukraine-konferenz-mit-rund-80-staaten-hat-in-davos-begonnen> (29.01.2024).

Abbildungen

Abbildung 1: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/ukraine/map> (28.11.2022).

Abbildung 2: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/ukraine/locator-map> (28.11.2022).